

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

22 . August 2006

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Zentralrat verlangt Schritte gegen Hass-Propaganda im Internet

Bundesjustizministerin Zypries soll internationale Konferenz einberufen

Eine Kapitulation vor der Hass-Propaganda der Neonazis im Internet und vor dem Mißbrauch dieser Technik wirft der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, der Bundesregierung vor. Dazu schrieb heute Rose an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, weil ihr zuständiger Parlamentarischer Staatssekretär, Alfred Hartenbach, die Durchführung einer internationalen Konferenz zur Festlegung von staatenübergreifenden Bekämpfungsmaßnahmen ablehnt.

Hartenbachs „Befürchtung“ in einem Brief an den Zentralrat, eine solche Konferenz würde sich „bald wieder auf die Grundsatzfragen konzentrieren“, sei absurd, denn die Bundesregierung habe seit der von ihr und dem Simon-Wiesenthal-Center durchgeführten ersten „Internationalen Tagung gegen die Verbreitung von Hass im Internet“ im Jahre 2000 in Berlin nicht genug zur Klärung wichtiger Grundsatzfragen getan, schrieb Rose an Zypries. An der Konferenz im Jahre 2000 nahmen Justizminister aus vielen europäischen Staaten, Kongreßabgeordnete aus den USA, die Leiter des FBI, des Verfassungsschutzes und der Bundesanwaltschaft sowie Vorstände von Medienkonzernen wie Bertelsmann, Amazon, Springer und AOL teil. Das damalige Ziel, „was offline strafbar ist, muss auch online verboten sein“, wurde in der Praxis nicht erreicht, schrieb Rose.

Ein Beispiel ist das gegen Sinti und Roma ebenso wie gegen Juden gerichtete deutschsprachige „freeyourmind“-Forum. Die im März 2006 vom Zentralrat eingeschaltete Staatsanwaltschaft Karlsruhe schrieb jetzt, sie könne das Forum nicht sperren, weil es von Deutschland aus über eine Betreiberfirma in den USA gesteuert werde. Das Internet-Forum nimmt den öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Landesregierung in Rheinland-Pfalz und dem Landesverband des Zentralrats zum Anlass für rassistische Hetze mit Worten wie „dreckiges Zigeunerpack“, „stehlender Mob“ und „Judentum ist Verbrechen“ und für Gewaltaufrufe wie „Nur mit Waffengewalt wird sich etwas tun...Rot ist das Blut auf dem Asphalt“ und „Einzigste Lösung - die Endlösung!“

Aber Baden-Württembergs Justizminister, Ulrich Goll, schrieb trotz der Kapitulation seiner Staatsanwaltschaft vor der Technik der Neonazis jetzt lediglich an Rose, er wolle über rechtliche „Verbesserungen nachdenken und sie umsetzen, wenn sie sich als erforderlich erweisen.“